

Der Schmäh vom Sparen im System

OECD-Vergleich 2016: Die Verwaltungskosten in der österreichischen Sozialversicherung betragen nur 2,8 Prozent. Mit konkurrierenden Trägern sind sie fast doppelt so hoch, etwa in Deutschland 5,3 Prozent oder in der Schweiz 4,3 Prozent. Trotzdem zentralisiert die Regierung unsere Krankenversicherung und schafft einen Moloch, dessen Administration teurer werden wird als bisher. Je größer ein Träger ist, desto höher die Verwaltungskosten. Klingt absurd, aber ein Vergleich mit Deutschland bestätigt das.



Die Regierung will die Funktionäre von 2.000 auf 400 reduzieren. Angeblich weil das Kosten spart. In der Sozialversicherung gibt es aber nur knapp 900 Funktionäre. 90 Prozent arbeiten ehrenamtlich für 42 Euro pro Sitzung. Alle Selbstverwaltungsgremien machen nur 1/10.000 der Gesamtausgaben der Sozialversicherung aus. Hier geht es nicht ums Sparen, sondern ums Umfärben.

Die Kosten der SV-Selbstverwaltungsgremien betragen weniger als ein Zehntausendstel der Gesamtausgaben

Gesamte Aufwendungen aller Sozialversicherungsträger im Vergleich zu Ausgaben, die die Selbstverwaltungsgremien betreffen.



Selbstverwaltung wird zerschlagen

Bis jetzt hat in den 9 GKKs eine Mehrheit von Arbeitnehmervertretern die gesundheitspolitischen Entscheidungen getroffen: Organisation der ärztlichen Versorgung; Kauf von Medikamenten und Heilbehelfen; Errichten von Zahnambulatorien; psychotherapeutische Versorgung; Erholungsheime. Grund: die Versicherten der GKKs sind nur Beschäftigte und ihre Angehörigen. Sie zahlen mit ihren Beiträgen ihre Gesundheitsversorgung.

Mit der so genannten „Parität“ übernehmen die Arbeitgeber bei der Kranken- und Pensionsversicherung die Macht. Im schlimmsten Fall entscheidet ein Arbeitgeber-Vertreter aus der Pharmaindustrie über die Medikamentenversorgung der Menschen.

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg
 Markus-Sittikus-Straße 10, 5020 Salzburg
 T: +43 (0)662 86 87, www.ak-salzburg.at
 Inhalt: Mag.^a Michaela Fischer, Mag.^a Cornelia Schmidjell
 Redaktion: Dominik Senghaas; Grafik: Gabriele Gallei
 Titelfoto: © Laz'e-Pete – Stock Adobe
 Druck: Geschützte Werkstätten – Integrative Betriebe Salzburg GmbH

Stand: Oktober 2018



Die Reform ist verfassungswidrig, weil...

- sie die Prinzipien der Selbstverwaltung verletzt. Die Vertreter in den Entscheidungsgremien müssen demokratisch aus den Mitgliedern – also den versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – bestellt werden. Über 7 Millionen Versicherten stehen nur einige hunderttausend Arbeitgeber gegenüber.
- die Beitragsprüfung der Finanzverwaltung übertragen wird. Sie ist Teil der Selbstverwaltung und damit Aufgabe der Sozialversicherung. Außerdem sind deren Prüfungen bis zu 5-mal effizienter als jene der Finanz.

FAZIT:

KEINE HARMONISIERUNG: Angeblich soll die „Reform“ die Leistungen aller Versicherten angleichen. Das würde bedeuten: gleiche Beiträge, gleiche Leistungen. Das Gegenteil ist der Fall: Während Beamte und Selbständige in ihren Systemen unangetastet bleiben, werden 7 Millionen Beschäftigte schlechter versorgt. Das ist 3-Klassen-Medizin.w

KEINE WIRKLICHE REDUKTION: Auch das Eindampfen der Zahl der SV-Träger von 21 auf 5 ist ein Verkaufsschmäh. Die Betriebskrankenkassen und die Versicherungsanstalt der Notare bleiben als Wohlfahrtseinrichtungen erhalten. Statt 5 bleiben jedenfalls 10 Träger.

WENIGER PERSONAL: Die überstürzte Fusion der Sozialversicherung wird dazu führen, dass sich diese in den nächsten Jahren mit sich selbst beschäftigen muss und weniger für die Patientinnen und Patienten da sein kann. Österreichweit 30 Prozent weniger Beschäftigte bedeuten schlechteres Service für Versicherte.

Die „Reform“ kann zu keiner Leistungsverbesserung für die Versicherten führen. Sie stellt eine Machtübernahme der Arbeitgeber im gesamten Bereich der Sozialversicherung dar. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden Geld, Leistungen und ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte – ihre Selbstverwaltung – entzogen. Das ist keine Verbesserung, sondern ein Angriff auf unsere Gesundheitsversorgung.

ZERSCHLAGUNG DER SOZIALVERSICHERUNG

SO GEFÄHRDET DIE REGIERUNG UNSERE GESUNDHEITSVERSORGUNG



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

■ Eine Information Ihrer Arbeiterkammer Salzburg

Die Sozialversicherung gehört den Menschen



Beinahe wöchentlich stellt die Regierung Maßnahmen vor, die als „Reform“ oder als mutiger Schritt gegen veraltete Strukturen präsentiert werden. Im Dezember will Türkisblau die „Sozialversicherungsreform“ im Nationalrat beschließen.

Tatsächlich beschneiden ÖVP und FPÖ damit unsere soziale Sicherheit. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden Geld, Leistungen und Mitbestimmung weggenommen. Errungenschaften, die sie sich hart erarbeitet und erkämpft haben.

Die Beschäftigten können nicht mehr darüber entscheiden, wie ihre Beiträge verwendet werden. Außerdem gefährdet eine zentralisierte Einheitskasse die regionale Versorgung.

Lassen wir uns keinen Sand in die Augen streuen!

Sozialversicherungsreform, Kürzung von AMS-Mitteln und längere Arbeitszeiten sind Sozialabbau.

Die Sozialversicherung gehört nicht der Regierung, sondern den Menschen!

Ihr

Peter Eder
AK-Präsident
ÖGB-Landesvorsitzender

Kassenzentralisierung verursacht 2,1 Belastungsmilliarden

Die neun Gebietskrankenkassen werden zusammengelegt. Die Beiträge der Unternehmen zur AUVA gekappt. Das kostet die Beschäftigten 2,1 Milliarden. Konsequenz: Leistungskürzungen, Selbstbehalte, Privatisierungen.

- Weniger Geld für die Kranken- und Unfallversicherung; Aber zusätzliche Mittel für die privaten Krankenanstalten: ca. 1.100 Millionen Euro
- Mehrkosten für den neuen bundesweiten Gesamtvertrag mit den Ärzten: ca. 500 Millionen Euro
- Fusion der Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse: ca. 500 Millionen Euro

Die Reform erfolgt überhastet, ziellos und verringert die Servicequalität. Die Fusion der Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten im Jahr 2002 verursachte 200 Millionen Euro an Mehrbelastungen. Jetzt droht der Krankenversicherung dasselbe. Deshalb kritisiert der Bundesrechnungshof aktuell, dass die Regierung die Fusionskosten verschweigt. Er fordert ein Ende des Spiels mit Zahlen.



Regionale Versorgung steht auf dem Spiel

Den Versicherten der Salzburger Gebietskrankenkasse werden jährlich mindestens 30 Millionen Euro weggenommen. Das entspricht 120 Vertragsärzten. Oder anders gerechnet: Jede 4. Hausarztstelle könnte in den nächsten 5 Jahren wegfallen.



Gefährdete Projekte im Bundesland:

- ⊖ Autismus-Intensiv-Therapie
- ⊖ „Beweg Dich“
- ⊖ Psychosoziales Versorgungs- und Beratungszentrum für Kinder & Jugendliche

Zentralisierung entfernt Gesundheitssystem von den Menschen

- Mit der Österreichischen Gesundheitskasse wird eine zentralisierte Einheitskasse für 7 Millionen Versicherte geschaffen. Die Landesstellen haben keine Personal- und Budgethoheit mehr. Das gefährdet die regionale Versorgung.
- Nur mehr 85 Prozent der Landeseinnahmen bleiben in Salzburg. Für regionale Innovationen wie die psychosoziale Versorgung oder die Prävention von Herz-Kreislaufkrankungen bleibt kein Spielraum mehr.
- Wie soll bei zentralisierten Entscheidungen in Wien auf jeden Bezirk eingegangen werden? Wer soll dafür sorgen, dass etwa auch im Lungau genug Fachärzte oder Psychotherapeuten zur Verfügung stehen?

